



Aktuelle
Entwicklungen der
Wahlbeteiligung
in Europa

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft



Vorliegender Bericht basiert maßgeblich auf Kurzberichten und Kurzexpertisen der FES-Büros in Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Portugal, Schweden und Spanien.

Für ihre Expertisen sei gedankt:

- Stefan Dehnert, Paris
- Nicole und Christos Katsioulis, Athen
- Ulrich Storck, London
- Ernst Hillebrand, Italien
- Mariana Duarte, Luís Cabrita und Reinhard Naumann, Lissabon
- Flora Antoniazzi, Stockholm
- Gero Maass, Madrid

Weitere Studien und Informationen zum Themenfeld „Wahl, Wahlrecht und Wahlbeteiligung“ finden sich auf der Homepage: www.fes.de/de/demokratie-kreuzweise

Autor:

Arne Cremer, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Redaktion:

Dr. Tobias Mörschel, Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltung:

Andreas Rupprecht

Titelabbildung:

Christian Schwier/Adobe Stock

Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
© Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Einleitung	4
Der europäische Trend einer sinkenden und sozial ungleichen Wahlbeteiligung	4
Länderübergreifende Faktoren, die Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung haben	6
Parteienverdrossenheit als Kernproblem für die Nichtwählermobilisierung	7
Einen öffentlichen Diskurs über die Entwicklung der Wahlbeteiligung gibt es in Europa nicht	8
Schlussfolgerungen	9
Zusammenfassung	10

Einleitung

In Deutschland hat die öffentliche Debatte über die stetig sinkende und zunehmend sozial verzerrte Wahlbeteiligung vor allem zu Wahlkampfzeiten Konjunktur. Diese Entwicklung wird vorwiegend als Krisensymptom des demokratischen Systems diagnostiziert, doch da auch in vielen anderen Ländern Europas die Wahlbeteiligung seit Jahren abnimmt, gewinnt die Frage nach einer gesamteuropäischen Krise der repräsentativen Demokratie an Relevanz. Aus diesem Anlass werden mit Blick auf verschiedene europäische Staaten (insbesondere Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Portugal, Schweden und Spanien) folgende Fragen in vorliegendem Policypaper diskutiert:

- Wie hat sich die Wahlbeteiligung in den exemplarisch ausgewählten Ländern in den letzten 20 Jahren entwickelt?
- Welche Faktoren haben dabei die Höhe der Wahlbeteiligung positiv oder negativ beeinflusst?
- Gibt es eine öffentliche Debatte zum Thema der sinkenden Wahlbeteiligung?
- Wurden in jüngster Zeit Wahlrechtsreformen durchgeführt mit dem Ziel, die Wahlbeteiligung zu erhöhen?

Der europäische Trend einer sinkenden und sozial ungleichen Wahlbeteiligung

In den meisten europäischen Staaten verläuft der Trend ähnlich wie in Deutschland (wenngleich die Wahlbeteiligungsniveaus unterschiedlich hoch sind): Die Wahlbereitschaft sinkt. In allen europäischen Staaten beteiligen sich dabei die Bürgerinnen und Bürger noch am stärksten an den nationalen Wahlen. Die Wahlhierarchisierung ist ein gesamteuropäisches Phänomen, die Wahlbeteiligungsquoten bei Europa- oder Regionalwahlen liegen in der Regel fast überall deutlich unter der anlässlich nationaler Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen zu erwartenden Wahlbereitschaft. Die offensichtlich große Bedeutung nationaler Wahlen legt den Schluss nahe, dass die allermeisten Wahlberechtigten in Europa nach wie vor ihre nationalen Regierungen als wichtigste politische Entscheidungsträger ansehen. Die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungskompetenzen auf europäische Institutionen bewirkt allerdings keinen Bedeutungszuwachs der Europawahlen, im Gegenteil.

Wirft man vor dem Hintergrund der deutlichen Wahlhierarchisierung einen Blick auf die Entwicklung der Beteiligung an nationalen Wahlen, zeigt sich, dass in Europa derzeit die Wahlbereitschaft entlang einer geografisch definierbaren Achse von Staaten des Nordens hin zu Ländern

des Südens abnimmt und somit ein regelrechtes Nord-Süd-Gefälle besteht. So liegt die Wahlbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in allen skandinavischen Staaten, mit Ausnahme Finnlands, traditionell deutlich über der durchschnittlichen gesamteuropäischen. Entsprechend hoch war die Wahlbeteiligung zum Beispiel in Norwegen bei den letzten Parlamentswahlen (80 %), auch in Schweden und Dänemark bleibt sie seit den 1990er-Jahren stabil zwischen 80 % und 90 %. Auf niedrigerem Niveau ist die Beteiligung an Parlamentswahlen in Großbritannien in den letzten 20 Jahren leicht auf ca. 66 % stetig gestiegen, während in Frankreich im selben Zeitraum ein massiver Rückgang der Wahlbeteiligung von vormals 70 % auf inzwischen nur noch knapp 56 % festzustellen ist. Auch in Italien, Griechenland und Portugal kann ein ähnlich deutlicher Rückgang der Beteiligung an nationalen Wahlen diagnostiziert werden, wobei die Wahlbeteiligung in Italien mit knapp 72 % noch deutlich höher liegt als in Griechenland, Portugal und Frankreich, wo zuletzt jeweils nur noch 56 % aller möglichen Stimmen abgegeben wurden.

Der Trend einer sinkenden Wahlbeteiligung geht in den meisten Ländern mit einer sozial ungleicher werdenden Wahlbeteiligung einher. Wie in Deutschland verstärkt sich auch in anderen europäischen Staaten die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung und erhöht damit das Potenzial eines elementaren Legitimationsproblems der repräsentativen Demokratie, wengleich die Schieflage länderspezifisch unterschiedlich stark ausgeprägt bzw. empirisch untersucht ist. Michael Kaeding stellt in einer aktuellen Analyse¹ die These auf, dass sich vor allem anhand der Faktoren „Arbeitslosigkeit“ und „formales Bildungsniveau“ eine deutliche Spreizung zwischen den Wählern und Nichtwählern in nahezu allen europäischen Staaten feststellen lässt: Es machen vor allem die Menschen überproportional keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht, die ein vergleichsweise niedriges formales Bildungsniveau aufweisen oder von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Wahlbeteiligung von Menschen mit gesicherten Einkommen und formal höheren Bildungsabschlüssen ist im Umkehrschluss deutlich höher, was dazu führt, dass es in vielen Staaten zu einer massiven Unterrepräsentanz der Interessen sozial schwächerer gesellschaftlicher Gruppen kommt. So lag beispielsweise die Wahlbeteiligung von Arbeitslosen in Portugal um ca. zwölf Prozentpunkte unter der von Bürgern mit gesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Trotz einer grundsätzlich hohen Wahlbeteiligungsquote ist auch in Schweden die soziale Ungleichheit ähnlich stark ausgeprägt: Bei einer allgemeinen Wahlbeteiligung von zuletzt über 80 % wählten nur knapp über 70 % der Arbeitslosen. In fast allen europäischen Staaten zeigt sich ein ähnliches Bild: So ist in Polen und Frankreich der Anteil der Wähler mit formal hohen Bildungsabschlüssen jeweils um knapp zehn Prozentpunkte höher als derjenige der Wähler mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen. Sowohl anhand der Einkommensstärke als auch des Bildungsniveaus kann in nahezu allen europäischen Staaten die soziale Spreizung der Wahlbeteiligung nachgewiesen werden. Diese Einschätzung gilt losgelöst davon, ob die Wahlbeteiligung in den einzelnen Staaten sinkt oder stabil ist. Außerdem sind die Beteiligungsunterschiede zwischen den untersuchten sozialen Gruppen nicht überall gleich groß, aber auch in geringer Ausprägung fast überall empirisch nachweisbar.

.....

¹ Michael Kaeding/Stefan Haußner: *Soziodemographisches Profil der Nichtwähler_innen*, Reihe Empirische Sozialforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 6

Länderübergreifende Faktoren, die Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung haben

Um die deutlichen Rückgänge der Wahlbeteiligungsquoten zu erklären und die Ursachen der sozial ungleichen Wahlbereitschaft in den einzelnen Staaten fundiert zu analysieren, müssen natürlich in erster Linie länderspezifische Einflussfaktoren differenziert werden. So schwächten zum Beispiel in Italien der Korruptionsskandal Anfang der 1990er-Jahre und der massive Bedeutungsverlust politischer Autorität durch die lange Jahre politisch polarisierende Person Silvio Berlusconis die Wahlbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nachdrücklich, während in Spanien erst relativ spät überhaupt demokratische Wahlen möglich wurden und die sinkende Wahlbeteiligung als Folgeerscheinung eines demokratischen Normalisierungsprozesses bewertet wird. Mit Blick auf Frankreich geht man davon aus, dass vor allem auch die langen Jahre der sogenannten *cohabitation* einen politischen Stillstand bewirkt und das Selbstverständnis eines durch Wahlen unmittelbar herbeiführbaren politischen Wandels nachhaltig geschädigt haben.

Diese nur exemplarisch aufgeführten Einflussfaktoren zeigen bereits, dass es schwer ist, solche zu identifizieren, die allen Ländern gemeinsam sind, und ihre Wirkungskraft in jedem Einzelfall stets kritisch hinterfragt werden muss. Dennoch können mit Blick auf die jüngsten Parlamentswahlen in den Staaten, die aktuell einen Rückgang der Wahlbeteiligung und ein generell niedriges Wahlbeteiligungsniveau von 50 % bis 60 % aufweisen, zumindest einige allgemeine Einflussfaktoren benannt werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die Wahlbereitschaft der Bürger unabhängig von länderspezifischen Gegebenheiten beeinflusst haben.

So kann festgestellt werden, dass sich vor allem in Staaten des europäischen Südens die Euro- bzw. Finanzmarktkrise besonders negativ auf die Wahlbereitschaft ausgewirkt hat. Am Beispiel Griechenland, das geradezu zum Sinnbild der langjährigen Wirtschaftskrise wurde, lässt sich aufzeigen, wie sich die Menschen in Krisenphasen zunehmend von der politischen Teilhabe verabschieden. Die etablierten Parteien wurden für die wirtschaftliche und schließlich ebenso für die politisch schwierige Lage verantwortlich gemacht und ein Teil der Bevölkerung scheint dies mit einer Form der Protestnichtwahl, gerichtet gegen alle jeweils etablierten Parteien, quittiert zu haben. Für diese Protestnichtwahl kann, vor allem in Portugal und Griechenland, wohl auch das Eingreifen der sogenannten Troika in die innerstaatliche Politik der genannten Länder mitverantwortlich gemacht werden. Der massive politische Druck auf die Regierungen durch den Internationalen Währungsfonds, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank sorgte wohl für das weitverbreitete Gefühl eines Souveränitätsverlustes, das Gefühl, dass die eigene Regierung keine wirkliche Entscheidungsfreiheit mehr besitzt und folglich auch die individuelle Stimmabgabe an demokratischem Einfluss verliert und entwertet wird. Auch in Frankreich scheint dieser Eindruck eine Hauptursache dafür zu sein, dass nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung ihre Stimme abgibt. Die über Jahrzehnte anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat insbesondere in sozial schwachen Bevölkerungsgruppen das Gefühl verstärkt, dass ihre Teilnahme an Wahlen keinen Einfluss auf die Verbesserung ihrer sozialen Lage hat. Ein stetig wachsender Teil der Nichtwähler nutzt als Alternative zur Protestwahl zunehmend die Wahlenthaltung, um Unzufriedenheit mit der Performance der etablierten Parteien auszudrücken.

Parteienverdrossenheit als Kernproblem für die Nichtwählermobilisierung

In weiten Teilen Europas ist vor allem die nachgewiesene Parteienverdrossenheit der Wahlberechtigten der entscheidende Grund für den Rückgang bzw. die Stagnation der Wahlbereitschaft. Die Parteienverdrossenheit hat dabei in den verschiedenen Staaten ähnliche Ursachen. So leiden die Parteien sowohl in Großbritannien und Frankreich als auch in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland unter einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust hinsichtlich ihrer Problemlösungskompetenz, begründet durch eine real existente soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit weite Teile der Bevölkerung. Skandale einzelner Personen und Parteien, das Reproduzieren negativer Stereotype ebendieser in den Medien, die mangelnde Unterscheidbarkeit von Wahlprogrammen, eine Annäherung großer Parteien beim Werben um die gesellschaftliche Mitte bei zunehmender Vernachlässigung gezielter Ansprachen gesellschaftlicher Randgruppen und eine starke Zentralisierung des Politikbetriebs abseits der lokalen Alltagsprobleme der Bürger sowie der immer offensichtlicher werdende Einfluss internationaler Organisationen und Lobbyisten auf politische Entscheidungsträger sind in der Summe die meistgenannten Hauptursachen für den Verlust des Vertrauens in die Parteien.

Besonders negativ getroffen von der sinkenden Wahlbeteiligung als Folge dieses Vertrauensverlustes wurde in den vergangenen 20 Jahren regelmäßig die sozialistische europäische Parteienfamilie. In Spanien wurden die Sozialisten in diesem Zeitraum regelmäßig dann aus der Regierung abgewählt, wenn die Wahlbeteiligung besonders niedrig war. In Großbritannien führte eine schwache Wahlbeteiligung zu höheren Stimmenverlusten bei Labour als bei den Konservativen und selbst in Schweden, einem Land mit traditionell hoher Wahlbeteiligung, kann der Trend des überproportionalen Stimmenverlusts sozialdemokratischer Parteien bei sinkender Wahlbeteiligung nachgewiesen werden. Dennoch lässt sich anhand dieser Beispiele kein allgemeingültiger kausaler Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen linker Parteien in Europa und der Wahlbeteiligungsrates formulieren. Zu stark hängen die Erfolge einzelner Parteien von individuellen Einflussfaktoren bei den jeweiligen Wahlen ab und allein die Frage, ob eine Partei aus der Regierung oder Opposition heraus in den Wahlkampf zieht, wirkt sehr viel stärker als Erfolgsfaktor. Darüber hinaus muss an dieser Stelle auch die von verschiedenen Wahlforschern über Jahre vertretene These, dass vor allem Parteien des linken Spektrums stets von einer steigenden Wahlbeteiligung profitieren, nicht zuletzt wegen der jüngsten massiven Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien überall in Europa kritisch hinterfragt werden; zukünftige Korrelationen von Wahlerfolgen dieser meist relativ jungen Parteien mit steigender Wahlbeteiligung sollten daher aufmerksam analysiert werden. In Staaten wie Spanien, Griechenland, Portugal und Italien gibt es zusätzlich den Trend zur Bildung eher linkspopulistischer Parteien, welche die etablierten linken Parteien unabhängig von der allgemeinen Wahlbeteiligung bei zukünftigen Abstimmungen schwächen könnten. So werden sowohl die neu gegründeten rechts- als auch die linkspopulistischen Parteien wohl dafür sorgen, dass der Wunsch nach einer hohen Wahlbeteiligung für die etablierten sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien, bezogen auf den eigenen Wahlerfolg, an Bedeutung verlieren wird.

Mit Blick auf Staaten mit einer relativ hohen und zugleich stabilen Wahlbeteiligung können ebenso allgemeine Einflussfaktoren benannt werden, die zu einer noch höheren Wahlbeteiligung führen können. So zeigt sich beispielsweise in Großbritannien und in Frankreich, dass die Wahlbeteiligung dann angestiegen ist, wenn es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen zwei unterscheidbaren politischen Lagern gegeben hat. Wenn die Menschen das Gefühl haben, mit ihrer Stimmabgabe bei einem knappen Rennen unmittelbaren Einfluss auf den Wahlausgang nehmen zu können, steigt die Wahlbereitschaft. Voraussetzungen dafür sind folglich klar unterscheidbare Angebote der konkurrierenden politischen Lager und eine stärkere Polarisierung zwischen diesen politischen Angeboten und jeweils handelnden Persönlichkeiten. Einige Wahlforscher vertreten außerdem die Ansicht, dass in wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten die Wahlbeteiligung wieder ansteigen wird. Auch wenn zu Zeiten der Troika in Griechenland eher das umgekehrte Phänomen zu beobachten war, geht man weiterhin für die meisten europäischen Staaten davon aus, dass die Menschen ihrer „Bürgerpflicht“ zur Stimmabgabe nachkommen werden, „wenn etwas auf dem Spiel steht“ – also eine für die Zukunft des Landes bedeutende Richtungswahl anstehen sollte. Exemplarisch belegt werden kann dies etwa mit der Beteiligung am schottischen Referendum über den Austritt aus dem Vereinigten Königreich, die ca. 85 % betrug. Zugleich sind solche Richtungswahlen wiederum von speziellen Rahmenbedingungen geprägt, welche die Herleitung einer allgemeingültigen Methodik zur gezielten Steigerung der Wahlbeteiligung kaum möglich machen. Mit Blick auf Schweden beispielsweise lässt sich festhalten, dass die Wahlbeteiligung dort zum Teil auch wegen eines recht fortschrittlichen Wahlsystems dauerhaft auf einem hohen Niveau stabil bleibt. So gibt es in Schweden ein sogenanntes Frühwahlsystem, das es den Wahlberechtigten erlaubt, bereits mehrere Wochen vor der Wahl ihre Stimme an verschiedenen Orten im Land abzugeben, diese Entscheidung am Wahltag im Wahllokal aber gegebenenfalls zu revidieren.² Zusätzlich werden in Schweden verschiedene Wahlen auf denselben Termin gelegt und das Problem der Wahlhierarchisierung somit abgeschwächt. Ob aber die institutionellen Rahmenbedingungen des schwedischen Wahlverfahrens allein dafür sorgen, dass die Wahlbeteiligung vergleichsweise hoch ist, kann skeptisch betrachtet werden, da auch in europäischen Staaten mit niedrigeren Wahlbeteiligungsquoten ähnliche Optionen zur Stimmabgabe bestehen.

Einen öffentlichen Diskurs über die Entwicklung der Wahlbeteiligung gibt es in Europa nicht

So eindeutig der gesamteuropäische Trend einer sinkenden und zunehmend sozial ungleichen Wahlbeteiligung diagnostiziert und so klar sowohl positive als auch negative Faktoren benannt werden können, die Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung haben, so erstaunlich ist auf der anderen Seite die Tatsache, dass es in weiten Teilen Europas quasi keinen öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs über die Ursachen und Auswirkungen dieser sich verfestigenden Nichtwahldynamiken gibt. In den für die Analyse ausgewählten Staaten werden trotz zum Teil sehr geringer Wahlbeteiligungsraten von etwa 50 % keine gesellschaftlich bedeutsamen Debatten

.....

² Vgl.: Dahlberg, Stefan: *Voter turnout in Sweden 1994-2014*, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis, July 2016, ISBN 978-3-95861-503-8, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12669.pdf>

über die sinkende Wahlbeteiligung geführt. Wenn überhaupt, werden Randdebatten über die Möglichkeiten der Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung von Wahlverfahren angestoßen – dies aber vollkommen losgelöst von dem möglichen Ziel, die Wahlbeteiligung zu stabilisieren oder gar zu steigern. So wird in Großbritannien regelmäßig über die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und die Einführung einer Verhältniswahl diskutiert, in Griechenland wird versucht, das Klientensystem zu bekämpfen, in Spanien und Frankreich wurde die Stimmabgabe technisch vereinfacht und in Italien wurde das Wahlrecht reformiert, um stabilere Mehrheitsverhältnisse im Parlament herbeizuführen. Zwar sind alle genannten Reformen zum Teil auch Bestandteile wissenschaftlicher Diskurse über die Schaffung von Anreizen zur Steigerung der Wahlbereitschaft – da sie in den jeweiligen Staaten aber eben losgelöst von der in Deutschland wenigstens zu Wahlzeiten geführten Debatte über die hohe Zahl der Nichtwähler gemacht werden, muss konstatiert werden, dass vor allem in den Ländern mit einer niedrigen Wahlbeteiligung keine öffentliche Auseinandersetzungen über die damit verbundenen Herausforderungen für das demokratische System geführt werden.

Schlussfolgerungen

Auch wenn jeder einzelne europäische Staat durch eine ganz individuelle Wahlgeschichte und damit einhergehende Wahldynamiken gekennzeichnet ist, so macht der Blick auf das Phänomen einer flächendeckend sinkenden und zugleich sozial ungleichen Wahlbeteiligung deutlich, dass sich der Schutz des demokratischen Grundsatzes der Wahlgleichheit zu einer gesamteuropäischen Aufgabe entwickelt. Dieser Aufgabe und der zunehmenden Parteienverdrossenheit müssen sich die etablierten demokratischen Parteien gemeinsam annehmen. Eine sinkende und sozial ungleiche Wahlbeteiligung gefährdet die Legitimität der repräsentativen Demokratie und verstärkt massiv das Potenzial einer europäischen Krise der Demokratie. Vor allem aufgrund des Erstarkens (rechts)populistischer Parteien in Staaten, in denen Menschen das Vertrauen in die etablierten demokratischen Parteien verloren haben, muss es ein zentrales Ziel der sozialistischen Parteienfamilie Europas werden, eine offensive Debatte über die europäische Repräsentationskrise aufgrund sinkender Wahlbeteiligung zu führen. Ohne diese notwendige Debatte, in der sie noch stärker als bisher innovative und nachhaltige Dialogformen mit „politisch abgehängten“ Bürgern anbieten müssen, laufen die demokratischen Parteien Gefahr, weite Teile der Bevölkerung für die politische Teilhabe zu verlieren. Der Schutz der Wahlgleichheit und eine Erhöhung der Legitimation nationaler Regierungen durch die gezielte Steigerung der Wahlbeteiligung sollten also schon aus einem natürlichen Selbsterhaltungstrieb der etablierten demokratischen Parteien heraus zu einer bedeutsamen gesamteuropäischen Aufgabe werden.

Zusammenfassung

- Die Wahlbeteiligung nimmt in den meisten europäischen Staaten ab.
- Wahlhierarchisierung ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Die Beteiligung ist bei nationalen Wahlen am höchsten und die nationalen Regierungen werden von den Wahlberechtigten folglich als wichtigste politische Entscheidungsträger angesehen.
- Aktuell herrscht hinsichtlich der Wahlbeteiligung in Europa ein Nord-Süd-Gefälle. In Skandinavien ist die Wahlbeteiligung am höchsten, während sie in den Staaten des Südens besonders niedrig ist. Zwischen einzelnen Staaten herrschen zum Teil Beteiligungsunterschiede von über 40 Prozentpunkten.
- Die Wahlbeteiligung in den allermeisten europäischen Staaten ist durch eine soziale Schiefelage gekennzeichnet. Diese ist in manchen Staaten deutlicher als in anderen ausgeprägt, aber zumindest in der Tendenz in nahezu allen Staaten empirisch nachweisbar: Es machen vor allem die Menschen überproportional keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht, die ein vergleichsweise niedriges formales Bildungsniveau aufweisen oder einkommensschwach sind.
- Die Diskussion über eine Repräsentations- und Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie besitzt eine europäische Dimension. Sollte sich der aktuelle Trend verstärken, könnte es zu einer massiven Unterrepräsentanz der Interessen sozial schwächerer gesellschaftlicher Gruppen überall in Europa kommen.
- Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat vor allem in Ländern des europäischen Südens einen negativen Einfluss auf die Wahlbereitschaft gehabt. Der massive politische Druck von außen scheint den Glauben an die staatliche Souveränität und die Wirksamkeit der individuellen Stimmabgabe nachhaltig zu schädigen.
- Soziale und ökonomische Unzufriedenheit sind entscheidende Faktoren, die die Wahlbeteiligungsentwicklung negativ beeinflussen. Der zunehmenden Unzufriedenheit mit den Parteien wird in einigen Staaten immer häufiger mit einer Protestnichtwahl anstelle einer Protestwahl Ausdruck verliehen.
- Das ständige Reproduzieren negativer Stereotype von Politikern und Parteien in den Medien, die mangelnde Unterscheidbarkeit des Angebots, vor allem von Volksparteien, eine inhaltliche Annäherung großer Parteien beim Werben um die gesellschaftliche Mitte bei gleichzeitiger Vernachlässigung gezielter politischer Angebote für gesellschaftliche Randgruppen und eine starke Zentralisierung des Politikbetriebs abseits der lokalen Alltagsprobleme der Bürger sowie der immer offensichtlicher werdende Einfluss internationaler Organisationen und Lobbyisten auf politische Entscheidungsträger sind in der Summe die meistgenannten Ursachen für den flächendeckenden Verlust des Vertrauens vieler Bürger in die Parteien.

- Tendenziell haben in den letzten 20 Jahren vor allem die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien unter sinkender Wahlbereitschaft gelitten. Steigende Wahlbeteiligung führt jedoch nicht notwendigerweise zu einem besseren Abschneiden Linker Parteien
- Eine höhere Wahlbeteiligung ist vor allem bei solchen Abstimmungen zu beobachten, bei denen es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen klar unterscheidbaren und sowohl inhaltlich als auch personell polarisierenden politischen Lagern gegeben hat. Wenn die Menschen das Gefühl haben, mit ihrer Stimmabgabe den Wahlausgang unmittelbar beeinflussen zu können und „etwas auf dem Spiel steht“, steigt die Wahlbeteiligung.
- Es gibt in den für die Kurzanalyse ausgewählten Staaten fast keine öffentlichen Debatten über sinkende bzw. sozial ungleiche Wahlbeteiligung. Am ehesten werden die Nichtwahldynamiken noch in den skandinavischen Ländern öffentlich wahrgenommen, während vor allem in den Staaten mit einer geringen Wahlbeteiligung keine Debatten über eine mögliche Legitimations- und Repräsentationskrise der Demokratie geführt werden.

